

NACHRICHTEN

Verschmutzungsrechte wurden teurer

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat im zweiten Quartal wegen der gestiegenen Preise für Verschmutzungsrechte weniger verdient. Im Kerngeschäft sei der operative Gewinn vor Sondereffekten um etwa ein Fünftel auf 3,8 Mrd. Schwedische Kronen (367 Mio. Euro) gefallen, teilte der Versorger mit. Neben den höheren Preisen für Zertifikate zum Ausstoß von Kohlendioxid seien auch die Brennstoffkosten für die Kohle- und Gaskraftwerke gestiegen. Die gestiegenen Preise für Verschmutzungsrechte dürften auch Versorger wie RWE und Uniper zu schaffen machen. Sie legen im August ihre Zahlen vor.

Schlumberger baut in Müllendorf

Der Sekt- und Spirituosenhersteller Schlumberger errichtet in Müllendorf im Burgenland einen neuen Produktionsstandort. 2019 soll der Spatenstich erfolgen, 2021 die Inbetriebnahme. Gestartet wird mit 30 Beschäftigten, deren Zahl bei entsprechendem Wachstum auf 60 erweitert werden soll. Das Investitionsvolumen wurde mit 70 Mio. Euro beziffert.

Steinhoff bekommt drei Jahre Luft

Der südafrikanische Steinhoff-Konzern – bis zum Verkaufsabschluss von Kika/Leiner an René Benko Eigner der Möbelkette – erhält von den Gläubigern eine Gnadenfrist. Laufzeiten von Verbindlichkeiten sollen um drei Jahre verlängert werden, Rückzahlungen bis 31. Dezember 2021 ausgesetzt werden. Wichtig ist das vor allem für die Milliardenschulden von Steinhoffs Österreich-Holdings.

Nordkoreas Wirtschaft schrumpft

Kim Jong-un will Chinas Wirtschaftsmodell kopieren.

Seoul. Die internationalen Sanktionen lassen die Konjunktur Nordkoreas so stark einbrechen wie seit 20 Jahren nicht mehr. Die südkoreanische Zentralbank (BOK) schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Nachbarland 2017 um 3,5 Prozent geschrumpft sei. Die Industrieproduktion sei um 8,5 Prozent eingebrochen und damit ebenfalls so stark wie zuletzt 1997. Grund sei der beschränkte Zugang Nordkoreas zu Öl und anderen Energieträgern. „Die Sanktionen waren 2017 stärker als 2016“, sagte BOK-Experte Shin Seung Cheol.

Der Abschwung kommt zu einer Zeit, in der Fachleute dem isolierten Land nahelegen, sich auf die wirtschaftliche Entwicklung zu konzentrieren. Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un hatte zuletzt erklärt, den strategischen Fokus des Landes von der Entwicklung seines Atomwaffenarsenals auf die Nachahmung des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus Chinas zu verlagern. Südkoreas Zentralbank verwendet die von der Regierung in Seoul und den Spionagebehörden erhobenen Zahlen für ihre Schätzungen. Nordkorea veröffentlicht keine Wirtschaftsdaten. (Reuters)

„Männer tüchtiger? Glaub’ ich nicht“

Interview. Oberbank-Chef Franz Gasselsberger über lockere Kreditvergabe, den Zwölfstundentag und das Problem, Frauen als Führungskräfte zu gewinnen.

VON JAKOB ZIRM

Die Presse: FMA und Notenbank warnen, dass dank guter Konjunktur Kredite zu locker vergeben werden. Baut sich die nächste Krise auf?

Franz Gasselsberger: Die Kreditnachfrage ist derzeit sehr stark und gleichzeitig auch sehr breit gestreut. Bei Firmenkrediten kann also nicht die Rede davon sein, dass Kredite zu locker vergeben werden. Bei der Wohnbaufinanzierung gebe ich der Aufsicht allerdings recht. Denn in einer Phase vieler Immobilientransaktionen und steigender Preise ist es wichtig, dass sichergestellt ist, dass diese Kredite auch bezahlt werden können, wenn es konjunkturell wieder schlechter läuft.

Laut Aufsicht sind die Banken bei wichtigen Vergabekriterien inzwischen wieder zu lax.

Es geht hierbei nicht um „die“ Banken, sondern um einzelne Institute. Ich verwehre mich hier gegen eine Verallgemeinerung. Und wer das ist, weiß die Aufsicht auch.

Zurück zur Konjunktur. Es läuft zwar gut, aber in Bayern und Tschechien – wo Sie auch aktiv sind – noch besser. Warum?

Derzeit gibt es gewisse Überhitzungstendenzen bei der Konjunktur. Und in Bayern, Tschechien, aber auch Ungarn gibt es nicht nur eine Vollbeschäftigung, sondern sogar eine Überbeschäftigung. Jetzt kann man aber daraus nicht ableiten, dass es in diesen Ländern konjunkturell besser läuft, sondern es gelingt diesen Staaten einfach, mehr Leute in den Arbeitsprozess zu integrieren. In Österreich ist schlicht die Sockelarbeitslosigkeit höher.

Industriebetriebe sind Ihre Hauptkunden. Bringt denen der 12-Stunden-Arbeitstag was?

Das ist eine Uraltforderung der Wirtschaft. Es geht hierbei ja nicht um eine grundsätzliche Anhebung der Arbeitszeit, sondern nur um eine höhere Flexibilität. Und die Sozialpartner waren fast über Jahrzehnte nicht in der Lage, dieses Thema zu lösen. Daher ist es für mich nachvollziehbar, dass die Regierung das nun per Gesetz macht. Die Begleitmusik zu diesem Thema ist leider von wenig Sachlichkeit gezeichnet. Die Gewerkschaft will Flagge zeigen, dass ohne Einbindung der Sozialpartner ein solches Gesetz nicht gemacht werden kann. Man hat aber gesehen: Es geht doch.



Franz Gasselsberger vermisst bei der Diskussion um den Zwölfstundentag die Sachlichkeit.

[Mirjam Reither]

Ist der Zwölfstundentag für Banken ein Thema?

Natürlich ist das für uns auch ein Thema. Vor allem in den internen Bereichen haben wir manchmal Spitzenzeiten – etwa bei der Bilanzierung oder auch beim Quartalsultimo. Und hier wird diese Neuregelung zu einer Entkriminalisierung führen.

Eine andere Forderung aus der Wirtschaft ist eine Senkung der Körperschaftsteuer.

Niemand kann gegen eine Senkung der Körperschaftsteuer sein. Aber hier ist das Timing sehr entscheidend. Eine solche stimulierende Maßnahme mitten in der Phase der Hochkonjunktur wäre nicht sinnvoll. Sie wäre aber wichtig, wenn es zu einem Abschwung kommt. Jetzt wäre hingegen der richtige Zeitpunkt, die Staatsschulden zu reduzieren.

Apropos Staatsschulden: Kann es angesichts der Probleme in Italien in absehbarer Zeit höhere Zinsen im Euroraum geben?

Italien ist sicherlich ein heikles Thema – auch durch die jetzige Regierung, die ja nicht durch einen ausgeprägten Sparwillen auffällt. Dennoch glaube ich nicht, dass die Zinswende dadurch verzögert wird. So hat sich die EZB selbst auferlegt, maximal 30 Prozent der jeweiligen Staatsanleihen zu kaufen. Und sowohl bei Deutschland, Frankreich und Italien liegt man bereits knapp unter

dieser Schwelle. Die EZB wäre also gut beraten, sich durch langsame Normalisierung wieder einen Puffer für künftige Krisen zu schaffen.

Aber die Banken schreiben trotz Nullzinsen Rekordgewinne.

Es läuft deshalb gut, weil die Vorsorgen für faule Kredite untypisch niedrig sind. Das operative Zinsergebnis ist nicht so berauschend. Die Banken haben derzeit viel Überliquidität und die muss bei der EZB mit minus 0,4 Prozent veranlagt werden. Da gibt man das Geld lieber billig an Firmen oder Private. Und das drückt natürlich auf die Margen.

Steigen die Zinsen, dann auch die Kreditrisiken.

Diesen Schluss würde ich so nicht ziehen. Denn für die meisten Kreditnehmer wird es kein Problem sein, einen Zinsanstieg von null auf ein Prozent zu verkraften. Allerdings verdeckt die derzeitige Hochkonjunktur die eine oder andere strukturelle Schwäche bei manchen Unternehmen. Und diese werden bei einem Abschwung

ZUR PERSON

Franz Gasselsberger ist seit 1. Mai 2005 Vorstandsvorsitzender der Oberbank. Der Oberösterreicher startete nach dem Jusstudium in Salzburg seine Karriere bereits 1983 bei dem zur Drei-Banken-Gruppe (zusätzlich Bank für Kärnten und Steiermark, Bank für Tirol und Vorarlberg) gehörenden Institut.

stärker zutage treten und so das Kreditrisiko erhöhen.

Die Iran-Pläne der Oberbank hat US-Präsident Donald Trump zu-nichte gemacht. War's das?

Wir haben vor einem Jahr ein Finanzierungsabkommen mit den iranischen Banken abgeschlossen. Da war nicht absehbar, wie die Dinge sich entwickeln. Es ist aber von Monat zu Monat klarer geworden, dass Trump das Atomabkommen außer Kraft setzen will. Wir haben viel Zeit und Energie investiert, müssen aber die geänderten Rahmenbedingungen akzeptieren.

Und wie laufen Ihre Pläne einer verpflichtenden Frauenquote bei Führungskräften?

Wir haben seit rund acht Jahren eine sehr aktive Gender-Balance-Politik. Bisher sind die Ergebnisse aber nicht so, wie ich mir das vorstelle. Wir haben einen Frauenanteil von 60 Prozent, aber nur 23 Prozent Frauen in Führungsfunktionen. Eigentlich bin ich ja ein Anhänger des Gedankens, dass sich der Tüchtigere durchsetzt. Aber bisher ist es zufälligerweise so, dass das fast immer Männer sind. Und an diese Zufälle glaube ich nicht. Vor allem im Recruiting-Prozess soll es daher Änderungen geben, um tradierte Verhaltensmuster zu ändern: Einem Mann kann ich einen Job mit nur ganz kurzer Bedenkzeit anbieten. Bei einer Frau geht das meist nicht. Das muss die Organisation lernen.

Fachkräfte werden immer teurer

Deutschland. Hochqualifizierte dürfen sich auf starkes Lohnplus freuen, so eine Studie.

Wien. Der Fachkräftemangel ist in aller Munde. Unternehmern und Firmenchefs macht er Sorgen – für die begehrten Arbeitskräfte dürfte er aber zum Segen werden: Auf Hochqualifizierte in Deutschland kommt nämlich eine regelrechte Geldschwemme zu. Bis zum Jahr 2030 könnte das jährliche Pro-Kopf-Einkommen für Fachkräfte um 13.800 Euro im Jahr steigen. Das geht aus einer Studie der Beratungsfirma Korn Ferry hervor, aus der die „Welt“ zitierte.

In keinem anderen europäischen Land wird die Knappheit an Fachkräften bis 2030 so stark werden wie in Deutschland. Das stärkt die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer gegenüber ihren Chefs. Freilich aber nur, sofern sie

die gefragten Qualifikationen mitbringen. „Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird sich durch eine Gleichzeitigkeit von Knappheit und Überfluss auszeichnen“, so Annette Goldhausen, Expertin für Vergütungsfragen bei Korn Ferry.

Gute Zeiten für Akademiker

Besonders begehrt in Europas größter Volkswirtschaft sind naturwissenschaftlich-technische Abschlüsse. Aber Akademiker mit Berufserfahrung, die sich stetig weiter gebildet haben, haben allgemein beste Aussichten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Ganz besonders, wenn sie auf dem neuesten Stand der digitalen Wirtschaft sind. Die Autoren gehen davon aus, dass elf Millionen Arbeitneh-

mer in Deutschland diesem Profil entsprechen. In Summe gibt es 33 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.

Der Rest der Arbeitnehmer darf nur davon ausgehen, dass ihr Einkommen mit der allgemeinen Teuerung mitwächst. Auf Hochqualifizierte dürften dafür regelrecht „goldene Zeiten“ zukommen. Das kann für Arbeitgeber mitunter recht unangenehm, weil teuer werden: „Für spezifische Gruppen werden die Lohnkosten regelrecht explodieren“. Die Studie hat auch andere große Länder untersucht: Global betrachtet wird das Lohnplus für Fachkräfte nur in Hongkong, Singapur, Australien und Japan stärker ausfallen als in Deutschland. (red.)

Hamburger Weinhändler will Wein & Co

Hawesko prüft derzeit eine Übernahme.

Wien. Wein & Co könnte bald mehrheitlich in deutscher Hand sein. Mitte Juni hat der Hamburger Weinhändler Hawesko Gespräche über eine mehrheitliche Übernahme des österreichischen Unternehmens aufgenommen. Die vertiefte Prüfung der Finanz- und Vermögenslage (Financial Due Diligence) sei derzeit noch im Laufen, ergab eine APA-Anfrage bei der Hawesko Holding. Der 70-jährige Gründer und Eigentümer von Wein & Co, Heinz Kammerer, war nicht für eine Stellungnahme erreichbar. (APA)